

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Zu Kapitel 1116**

Hinweis auf Abschnitt C Buchstabe c des Vorworts zum Einzelplan 11.

Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)

Rechts- und Organisationsgrundlagen:

Grundgesetz (Auftrag) und Gerichtsverfassungsgesetz (Beschreibung von Art und Umfang der Tätigkeiten), Bundes- und Landesgesetz

Verwaltungsaufbau und Budgetplan:

Es sind vorhanden: 1 Oberlandesgericht in Braunschweig, 2 Landgerichte (Braunschweig und Göttingen), 16 Amtsgerichte.

Dem Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig ist das dem Amtsgericht Goslar angegliederte Zentrale Vollstreckungsgericht für das Land Niedersachsen zugeordnet.

Im Bereich der Justizverwaltung nimmt der Informationssicherheitsbeauftragte der niedersächsischen Justiz - dienstansässig beim Oberlandesgericht Braunschweig - landesweite Aufgaben wahr.

Zielsetzung:

Die Gerichte gewährleisten den grundgesetzlich verankerten Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Gewährung von individuellem Rechtsschutz. Durch die Tätigkeit der Gerichte wird für die Allgemeinheit Rechtssicherheit hergestellt in den Bereichen der Zivil- und Familienrechtsstreitigkeiten, in Strafverfahren und in Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie bei der Durchsetzung des festgestellten Anspruchs im Wege der Zwangsvollstreckung.

Erläuterungen zum Produkthaushalt nach § 17a LHO

Budgetierungsmodell:

Dem Budgetierungsmodell liegt eine dreistufige Produkthierarchie zugrunde (Produkt, Produktgruppe, Produktbereich). Der Produktbereich stellt dabei die Veranschlagungsebene dar.

Dabei handelt es sich um:

- Zivilsachen/ Familiensachen
- Strafsachen/ Ordnungswidrigkeitsverfahren (OWi-Verfahren)
- Verfahren in Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG-Verfahren)
- Zwangsvollstreckung mit dem gesondert ausgewiesenen Produktbereich Zentrales Vollstreckungsgericht
- Verwaltung

Für den Finanzierungsbeitrag der Produktbereiche wird ein Durchschnittspreis je Stück ermittelt. Dabei liegen den Produkten, die den Produktbereichen zugeordnet sind, unterschiedliche Erhebungsgrößen zugrunde:

Zivilsachen/ Familiensachen:

Eingänge

Strafsachen/ Ordnungswidrigkeitsverfahren:

Eingänge, Anzahl der Verfahren, Bestände, Eingänge und sonstige richterliche Maßnahmen

Verfahren in Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit:

Eingänge, Bestände, Anzahl Urkunden

Zwangsvollstreckung:

Eingänge, Anträge auf Eröffnung, Bestände, Arbeitskraftanteile

Zentrales Vollstreckungsgericht:

Anzahl der Vermögensaukünfte

Der Produktbereich Verwaltung beinhaltet Aufgaben wie allgemeine Verwaltung, Personalverwaltung, Ausbildung, Fortbildung usw. Diesem Produktbereich ist auch ein Kostensammler zugeordnet; der Kostensammler weist die Kosten für die Bereitstellung gemeinsam genutzter Einrichtungen sowie Dienstleistungen für mehrere Dienststellen aus. Aufgrund der Vielfalt der Aufgaben im Produktbereich Verwaltung unterbleibt eine Erfassung der Erhebungsgrößen, da die hieraus gemeinsam zu bildende Leistungsmenge keine Aussagekraft besitzt.

Neben dem Bereichsbudget gibt es eine budgetfreie Zone, die neben den Nutzungsentgelten für Liegenschaften insbesondere auch die der verwaltungsmäßigen Steuerung nicht unterliegenden Auslagen in Rechtssachen und die damit korrespondierenden Einnahmen umfasst.

Leistungsergebnis 2019 und weitere Entwicklung:

Die Entwicklung im Verwaltungsbereich Oberlandesgericht Braunschweig ist im Jahr 2019 weitgehend im Rahmen der Planungen verlaufen.

Die seit 2012 errichteten Verwaltungsteilbereiche/Unterbudgetbezirke auf der Ebene der vier Präsidialgerichte Oberlandesgericht Braunschweig, Landgericht Braunschweig, Landgericht Göttingen und Amtsgericht Braunschweig wurden fortgeführt. Das Oberlandesgericht als übergeordneter Verwaltungsbereich schließt mit diesen vier Gerichten Unterbudgetverträge ab. Die Verteilung der Sachhaushaltsmittel erfolgt wie bisher auf der Ebene der Direktorenamtsgerichte unter Beteiligung des jeweiligen Landgerichts. Die Verwaltungsteilbereiche erhalten daneben ein eigenes Jahresbeschäftigungsvolumen (BV). Auf der Grundlage dieses BV gelten die Personalhaushaltsmittel als virtuell unterverteilt.

Der Budgetrat mit den vier Präsidentinnen und Präsidenten der Verwaltungsteilbereiche und dem BfDH/Budgetverantwortlichen des Verwaltungsbereichs arbeitet als instrumentalisiertes Beratungsgremium, in dem Angelegenheiten von grundsätzlicher finanzieller Bedeutung geklärt werden. Seit 2015 nehmen der Bezirksrichterrat und der Bezirkspersonalrat und seit 2017 zwei Vertreter/-innen der Direktorenamts-

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Noch zu Kapitel 1116**

gerichte an den Sitzungen teil und werden somit von Beginn an in die Entscheidungsprozesse eingebunden.

Das umfasst auch Maßnahmenplanungen im Rahmen der Zielvereinbarungen. Hervorzuheben sind neben der inzwischen erfolgten Implementierung von Budgetträgen bei den nachgeordneten Präsidialgerichten die Einrichtung von zentralen Bürgerbüros, die Erweiterung der Barrierefreiheit und die Verbesserung der Fortbildungsangebote, auch im Rahmen der interkulturellen Öffnung der Landesverwaltung.

Die stetig fortwährenden Eingänge in Zivilsachen bei dem Oberlandes- und Landgericht Braunschweig in Folge des VW-Abgaskomplexes lassen weiterhin eine Belastungssituation erwarten, die die durchschnittlichen Eingangsjahreswerte erheblich übersteigen werden. Daneben sind durch drei Anklagen der Staatsanwaltschaft Braunschweig Umfangsverfahren anhängig, mit denen eine außergewöhnliche und erhebliche Belastung der Richter und Richterinnen einhergeht.

Des Weiteren stellt die Bearbeitung des Verfahrenskomplexes von rd. 5.000 der sog. Securenta-Verfahren am Landgericht Göttingen eine erhebliche Mehrbelastung dar, die auch im Hinblick auf bereits anhängige Verfahren eine nicht unerhebliche Steigerung an Berufungsverfahren bei dem Oberlandesgericht erwarten lässt.

Der demografische Wandel hat Einfluss auch auf das Personalmanagement im Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig. Das wird deutlich bei der Nachwuchsgewinnung in allen Diensten. Die Angebote, Praktikumsplätze in den Gerichten ganzjährig bereit zu stellen und die regelmäßige Präsenz bei einer Vielzahl von Veranstaltungen zur Berufsorientierung in Schulen, Arbeitsagenturen und Ausbildungsmessen reichen nicht mehr aus, um der Konkurrenz mit anderen Arbeitgebern erfolgreich begegnen zu können. Im hiesigen Bezirk wurde damit begonnen, ein modernes und zukunftsorientiertes Personalmarketing einzuführen. Dieses beinhaltet neben den o. g. Veranstaltungen u. a. auch selbst organisierte Berufsinformationsabende sowie die Nutzung der Internetplattform „Ausbildung.de“ und die Einführung einer sog. „Justizassistentin“.

Die Verzahnung von Gesundheitsmanagement und Arbeitsschutz erfolgt im Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig sowohl durch die strukturelle Verknüpfung in gemeinsamen Gremien (Referat IV, Arbeitsschutzausschüsse) als auch durch die Umsetzung integrierter Gesundheitsmanagement-Arbeitsschutz-Prozesse (Gefährdungsbeurteilung). Für die bezirksweite Arbeit des Gesundheitsmanagements ist durch Qualifizierung von 19 Gesundheitslotsinnen und -lotsen eine entsprechende Struktur geschaffen worden. Ferner konnten im Jahr 2019 durch die Zurverfügungstellung entsprechender Haushaltsmittel zahlreiche Maßnahmen des Gesundheitsmanagements in den Dienststellen vor Ort durchgeführt werden.

Darüber hinaus sind Handlungsfelder wie die Führungskräfteentwicklung und die weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie finanziell zu begleiten.

Die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet zur stärkeren Partizipation von Menschen mit Behinderungen. Dieser Verpflichtung wird der Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig u. a. dadurch gerecht, dass die Möglichkeit der Verlagerung von Haushaltsmitteln aus dem hiesigen Budget in das Kapitel 11 02 zur Umsetzung von KNUE-Maßnahmen in Anspruch genommen wurde. Im Amtsgericht Goslar werden dadurch der Einbau eines Fahrstuhls und einer behindertengerechten Toilette realisiert. Die Baumaßnahme mit einem Kostenvolumen von 319.000 EUR soll 2020 vollendet werden. Für eine barrierefreie Toilette im Eingangsbereich des Amtsgerichts Braunschweig wurden 56.000 EUR, für einen Treppenlift zur Schaffung von Barrierefreiheit im Amtsgericht Wolfenbüttel 35.000 EUR und für barrierefreie Nachtbriefkästen in Helmstedt, Clausthal-Zellerfeld und Northeim insgesamt 43.500 EUR bereitgestellt.

Als verantwortliche Arbeitgeber sorgen die Gerichte im Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten für eine ergonomisch zeitgemäße Arbeitsplatzausstattung im Rahmen der Arbeitsplatzvorschriften. Bei den elektrisch höhenverstellbaren Schreibtischen konnte im abgelaufenen Haushaltsjahr ein Ausstattungsgrad von 75 % erreicht werden.

Zudem konnten dringend erforderliche KNUE-Maßnahmen im Amtsgericht Braunschweig begonnen werden. Hierfür erfolgte eine Aufstockung einer Mittelverlagerung zur Erneuerung des Eingangsbereichs unter Sicherheitsaspekten um 80.000 EUR auf nunmehr 250.000 EUR. Mit Hilfe einer weiteren Mittelverlagerung i. H. v. 80.000 EUR erfolgte die Anpassung des Eingangsbereichs an die aktuellen Sicherheitsstandards im Amtsgericht Goslar, Haus II. Im Rahmen der Baumaßnahme "Unterbringung des Oberlandesgerichts Braunschweig im Bohlweg 38" wurden 520.000 EUR für den Umbau des Eingangsbereichs unter Berücksichtigung von grundlegenden Sicherheitsanforderungen in das Kapitel 11 02 verlagert.

Außerdem sind im Jahr 2019 aufgrund nicht auskömmlicher Haushaltsmittel für „bauliche und Unterhaltungsaufwendungen“ Beträge von mehr als 550.000 EUR für "Bauunterhaltung" aus dem Gesamtbudget für die Vornahme dringlichster Maßnahmen verwendet worden. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich auch für die nächsten Jahre ab, dies jedenfalls dann, wenn die Haushaltsansätze in dem einschlägigen Titel nicht nachhaltig erhöht werden.

Der geplante, aufgrund der räumlichen Enge und des Sanierungsstaus (Hauselektrik und Brandschutz) dringend notwendige Umzug des Oberlandesgerichts in das Gebäude der ehemaligen Bezirksregierung in Braunschweig wird weiterhin kontinuierlich vorangetrieben. Der avisierte Baubeginn ist für das 2. Quartal 2020 vorgesehen.

Der Informationssicherheitsbeauftragte der Nds. Justiz wird seit 2012 im hiesigen Kapitel geführt. Seit 2013 besteht das Zentrale Vollstreckungsgericht Niedersachsen in Goslar.

Infolge wachsender Bestände und zusätzlich eingerichteter Büroflächen u.a. zur Bewältigung der VW-Verfahren bestehende Raumnöte bei den Gerichten erfordern eine personelle Einbindung in einer Größenordnung von z. Z. durchschnittlich sieben Vollzeitstellen in der mittleren Beschäftigungsebene der Mikrofilmstelle des Amtsgerichts Braunschweig. Daneben müssen jährlich erhebliche Beträge in die technische Ausstattung investiert werden, um das erforderliche Leistungspotential abrufen zu können.

Weiterer Lagerbedarf zeichnet sich durch die anhängigen Großverfahren bei den Landgerichten Braunschweig und Göttingen ab.

Die Partnerschaften mit der Justiz in Breslau und in Perm werden im richterlichen und im nichtrichterlichen Bereich durch regelmäßige mehrtägige gegenseitige Besuche weiter intensiviert. Mit der Justiz in Breslau besteht eine 20-jährige Partnerschaft.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 1116

Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

Produkte	Leistungs- menge -Stück- (Soll) 2021	Zielkosten -EUR- (Soll) 2021	Gesamt- zielkosten -EUR- (Soll) 2021	Leistungs- menge -Stück- (Soll) 2020	Zielkosten -EUR- (Soll) 2020	Leis- tungs- menge -Stück- (Ist) 2019	Kosten -EUR- (Ist) 2019	Leistungs- menge -Stück- (Soll) 2019	Kosten -EUR- (Soll) 2019
Zivilsachen/ Familiensachen	43.500	738,57	32.128.000	41.600	667,74	44.402	27.253.592	36.400	27.453.000
Strafsachen/ OWi-Verfahren	61.300	263,85	16.180.000	60.100	253,19	61.926	14.595.147	56.100	15.161.000
FGG-Verfahren	151.000	144,52	21.823.000	149.000	140,42	152.263	19.833.303	170.900	19.070.000
Zwangsvollstreckung	66.400	135,08	8.969.000	71.400	137,37	63.742	8.400.466	72.400	9.243.000
Zentrales Vollstreckungsgericht	53.300	5,91	315.000	54.100	5,05	53.336	276.755	61.500	299.000
Verwaltung	1	17.748.000	17.748.000	1	15.643.000	1	13.930.547	1	19.721.000
			97.163.000						

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

	Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2021	Eigenerlöse -EUR- (Soll) 2021	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt -EUR- (Soll) 2021
Zivilsachen/ Familiensachen	32.128.000		32.128.000
Strafsachen/ OWi-Verfahren	16.180.000		16.180.000
FGG-Verfahren	21.823.000		21.823.000
Zwangsvollstreckung	8.969.000		8.969.000
Zentrales Vollstreckungsgericht	315.000		315.000
Verwaltung	17.748.000	120.000	17.628.000
Sonstige Eigenerlöse			
Produktsumme	97.163.000	120.000	97.043.000
Haushaltsausgleich	0	0	0
Gesamtsumme	97.163.000	120.000	97.043.000

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 1116

Überleitungsrechnung		Einnahmen (0-3)					Ausgaben (4-9)					HH- Abgl.
Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
+ Verwaltungserträge	16		16									
+ Erträge aus Erstattungen	36		36									
+/- Bestandsveränderungen	0											
+ sonstige betriebliche Erträge	68		68									
= Erträge	120											
- Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	69.353					68.310						1.043
- Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	19.761											
- sonstige Personalaufwendungen	570					392						178
= Personalaufwendungen	-89.684											
- Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	1.388						1.403					-21
- Aufwendungen Kommunikation und Reisen	2.091						2.091					
- Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	2.513						2.513					
- Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	590						590					
- Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	176						141	35				
- Abschreibungen	721											721
= Sachaufwendungen	-7.479											
= Aufwendungen	-97.163											
= Ergebnis nach eigenen Erträgen	-97.043											
+ Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	97.043											97.043
= Ergebnis nach Landeszuschuss	0											
+ Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen	0											
- Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	0											
= Finanzergebnis	0											
+ außerordentliche Erträge	0											
- außerordentliche Aufwendungen	0											
+/- Haushaltsausgleich	0											
= außerordentliches Ergebnis	0											
= neutrales Ergebnis	0											
= Gesamtergebnis	97.043											
- Investitionen der Hauptgruppe 5	276						276					
- Investitionen der Hauptgruppe 8	88								88			
= Einnahmen und Ausgaben des Budgets		0	120	0	0	68.702	7.014	35	0	88	0	
+/- Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets		0	60.773	0	0	3.667	55.460	385	0	0	5.403	
= Kapitelsumme		0	60.893	0	0	72.369	62.474	420	0	88	5.403	

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 1116

Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln

Zu HGr. 4

Beschäftigungsvolumen (in VZE):

Ansatz 2021	Ansatz 2020	Ist 2019	Ansatz 2019
1.218,95	1.222,61	1.160,45	1.216,35

Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen

Kennzahlen	Plan 2021	Plan 2020	Ist 2019	Plan 2019
<b>Oberlandesgericht Braunschweig</b>				
<b>Zivilprozesssachen-Berufungsverfahren</b>				
- Eingänge	1.090	650	1.993	650
- Erledigungen	944	600	1.351	600
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	10,6	11,2	11,9	11,2
<b>Familiensachen-Berufungsverfahren</b>				
- Eingänge	421	590	419	580
- Erledigungen	443	570	443	560
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	4,9	5,5	4,2	5,6
<b>Strafverfahren-Revisionsinstanz</b>				
- Eingänge	81	75	92	70
- Erledigungen	81	80	92	80
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	1,5	1,4	1,7	1,3
<b>Landgerichte Braunschweig + Göttingen</b>				
<b>Zivilprozesssachen erste Instanz</b>				
- Eingänge	7.068	4.500	9.097	4.100
- Erledigungen	7.303	4.800	8.923	5.000
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	7,2	9,5	20,7	10
<b>Zivilprozesssachen-Berufungsinstanz</b>				
- Eingänge	548	700	508	650
- Erledigungen	539	700	516	620
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	8,0	7,5	8,2	8,0
<b>Strafverfahren erste Instanz</b>				
- Eingänge	206	200	224	180
- Erledigungen	186	160	191	150
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	8,3	6,5	8,8	7,0
<b>Strafverfahren-Berufungsinstanz</b>				
- Eingänge	542	570	590	550
- Erledigungen	512	520	534	500
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	4,5	3,9	4,6	3,8
<b>Amtsgerichte des OLG-Bezirks</b>				
<b>Zivilprozesssachen</b>				
- Eingänge	13.086	14.500	12.932	14.000
- Erledigungen	13.172	15.300	12.953	15.000
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	4,7	4,5	4,6	4,7
<b>Familiensachen</b>				
- Eingänge	10.819	12.200	10.876	12.000
- Erledigungen	10.821	12.700	10.833	12.500
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	5,3	6,3	5,2	6,0
<b>Strafverfahren</b>				
- Eingänge	7.992	9.000	9.209	8.500
- Erledigungen	7.977	8.700	9.083	8.500
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	4,8	4,5	5	4,5
<b>Bußgeldsachen</b>				
- Eingänge	6.601	6.200	7.937	6.000
- Erledigungen	6.599	6.300	7.926	6.100
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	2,9	2,6	2,5	2,8

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Noch zu Kapitel 1116**

Kennzahlen	Plan 2021	Plan 2020	Ist 2019	Plan 2019
Am Jahresende anhängige Betreuungen	26.746	28.000	26.951	29.000
Nachlasssachen	16.482	21.000	20.250	8.700
Eigentumsveränderungen im Grundbuch	28.906	27.000	30.559	30.000
Sonstige Eintragungen und Löschungen im Grundbuch	59.120	59.000	62.341	58.000
Am Jahresende im Handelsregister eingetragene GmbH's	13.834	14.000	14.131	13.000
Regelinsolvenzverfahren	791	1.100	552	1.200
Verbraucherinsolvenzverfahren	1.770	2.200	1.665	2.200
Sonstige Vollstreckungssachen	39.275	37.500	41.317	37.500